

WAS EIN CDU-WAHSIEG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG BEDEUTEN WÜRD

◀ STUDIENGEBÜHREN DURCH DIE HINTERTÜR

Studiengebühren verhindern den sozialen Aufstieg durch Bildung. Deswegen hat die SPD sie nach dem Regierungswechsel sofort abgeschafft. Von der CDU fehlt jedes Bekenntnis gegen die grundsätzliche Einführung von Studiengebühren. Die Partei behält sich sogar explizit vor, die Gebühren wieder im Verbund mit anderen Bundesländern einzuführen.

◀ AUSGETROCKNETE GEMEINSCHAFTSSCHULEN

Die Gemeinschaftsschule steht für wohnortnahes Lernen, Bildungsgerechtigkeit und Bildungserfolg gleichermaßen. Jeder Standort kann dabei selbst entscheiden, ob eine solche Schule gewünscht ist. Bislang sind so 271 Gemeinschaftsschulen im Land entstanden. Ein Erfolgsmodell, das selbst viele CDU-Abgeordnete außerhalb des Landtags verteidigen.

Die Union wird keine neuen Gemeinschaftsschulen mehr zulassen und die bestehenden systematisch austrocknen lassen.

◀ AUSGESETZTE MIETPREISBREMSE

Wohnen muss sich jeder leisten können. Die Mietpreisbremse verhindert deshalb, dass Vermieter die Mieten überdurchschnittlich hoch ansetzen und zu stark ansteigen lassen können. An dieser Stelle, wenn bremsen einmal sinnvoll ist, will die CDU die Mietpreisbremse aussetzen.

◀ GEKNEBELTE DIREKTE DEMOKRATIE VOR ORT

Unter dem Deckmantel, den Kommunen wieder ihre „Souveränität“ zurückzugeben, legt die CDU die Axt an alle rechtsverbindlichen Beteiligungskonzepte, die die SPD in den letzten vier Jahren

geschaffen hat. Die Union hat aus dem Chaos um Stuttgart 21, das 2010 im Stuttgarter Schlossgarten eskalierte, nichts gelernt.

◀ MASSIV ERSCHWERTE WEITERBILDUNG FÜR BESCHÄFTIGTE

Beschäftigte müssen sich heutzutage immer öfter fortbilden, um mit dem technischen Fortschritt mitzuhalten. Weiterbildungen sind auch eine gute Gelegenheit, mehr Abwechslung in die Karriere zu bringen oder sich zu spezialisieren. Deswegen hat die SPD das Bildungszeitgesetz eingeführt mit einem gesetzlichen Anspruch darauf, sich fünf Tage im Jahr für Weiterbildungen unter Bezahlung freistellen zu lassen. Die CDU möchte dieses Gesetz mindestens aushöhlen, wenn nicht komplett abschaffen.

◀ KEINE TARIFTREUE MEHR

Der Staat darf Lohndumping und Ausbeutung nicht zulassen und erst recht nicht fördern. Deswegen hat die SPD durchgesetzt, dass bei Aufträgen der öffentlichen Hand tariflich entlohnt werden muss.

Dieses Gesetz will die CDU wieder abschaffen.

◀ INTEGRATIONSMINISTERIUM WÜRD ZERSCHLAGEN

Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Deshalb war es längst überfällig, dass die SPD nach dem Wechsel endlich ein Integrationsministerium geschaffen haben. Umso fahrlässiger wäre es jetzt, dieses Ministerium abzuschaffen, während tausende Menschen zu uns kommen. Genau das hat die CDU aber explizit vor.

SPD



- ▶ Baden-Württemberg kann sich keinen Rückwärtsgang leisten.
- ▶ Modernität und Miteinander gibt es nur mit der SPD.
- ▶ Mehr Infos auf: www.spd-bw.de